

Der Wiener Weg – aktiv für die Menschen

„The world might want to look to Vienna, Austria to solve all of its problems“, schrieb die Huffington Post am 23. Oktober 2012 anlässlich der Veröffentlichung einer Studie der Vereinten Nationen, in der Wien zur prosperierendsten Stadt der Welt ernannt wurde. Zum vierten Mal in Folge ist Wien laut Mercer die lebenswerteste Stadt der Welt, und eine neue Untersuchung der australischen Agentur 2thinknow kommt zu dem Ergebnis, dass Wien die innovativste Stadt Europas ist und weltweit in diesem Ranking Platz drei belegt.

Lebenswert, prosperierend, innovativ – das wird in Wien oft als Selbstverständlichkeit hingenommen, obwohl dies die Ergebnisse langer Arbeit und kontinuierlicher Politik sind. Der „Wiener Weg“ verknüpft dabei Investitionen, antizyklische Fiskalpolitik und eine solide Haushaltsführung miteinander und schafft es so, die Infrastruktur für möglichst alle Bewohnerinnen und Bewohner gleichermaßen bereitzustellen, öffentliche Dienstleistungen in einer international beachteten Qualität anzubieten, krisenhafte Entwicklungen zu entschärfen und eine solide finanzielle Basis der Stadt sicherzustellen. Die Kreativität der Wienerinnen und Wiener, die Innovationskraft der Wiener Unternehmen und eine vorausschauende Politik sind die Grundlage für die herausragende Lebensqualität der Stadt.

Um diese Lebensqualität zu sichern und weiter auszubauen, bedarf es einer Finanzpolitik, die die Zukunft fest im Auge hat: Es geht darum, solide Haushaltspolitik mit aktiver Konjunkturpolitik und einer vorausschauenden Investitionspolitik zu verbinden. Diese Säulen sind das schöne Erbe der Vergangenheit – und die Herausforderungen für die Zukunft.

Investitionen in die Zukunft

Wien hat mit Schönbrunn, der Hofburg und vielen anderen Gebäuden ein imperiales Erbe, das zur Unvergleichbarkeit unserer Stadt beiträgt. Und in Wien wurde bereits vor über 100 Jahren gezielt in Infrastruktur und soziale Leistungen investiert – die Wiener Gemeindebauten sind sichtbares Symbol dieser Politik. Aber auch die Sozial- und Gesundheitsvorsorge (Wäschepakete für Kleinkinder, Kinderfreibäder, Müllabfuhr, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) und die Bildungspolitik (Schulreformen, Kinderhorte) waren wichtige Bestandteile der Politik des „Roten Wien“ in den 1920er-Jahren. Diese Maßnahmen brachten eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität mit sich – und sie sind der Anfang dessen, wovon wir noch heute profitieren: die gute öffentliche Infrastruktur. Oft gegen erhebliche Widerstände wurde dieser Weg politisch von den Wienerinnen und Wienern gewählt und erst durch die schreckliche Zeit der Nazidiktatur unterbrochen.

Die in der Zwischenkriegszeit begonnene Infrastrukturpolitik wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder aufgenommen: Der Bau der Per-Albin-Hanson-Siedlung sei exemplarisch für den beachtlichen öffentlichen Wohnungsbau genannt – in den 1960er-Jahren entstanden jährlich etwa 9.000 neue Gemeindewohnungen. Zur gleichen Zeit kam aufgrund der Altersentwicklung der Wiener Bevölkerung das Thema Geriatrie hinzu, zudem nahmen die Bildung sowie die Betreuung von Kindern

und Jugendlichen immer mehr Raum ein – zuletzt führte das Land Wien 2009 den Gratiskindergarten ein, beschloss 2010 die Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen und setzte den Qualifikationsplan 2020 auf Schiene. Daneben baute Wien ein Nahverkehrssystem auf, das qualitativ eines der besten der Welt ist. Und dass die Stadt im wahrsten Sinne des Wortes „gewienert“ ist, verdanken wir einer funktionierenden Stadtverwaltung – hier der MA 48. Die Beispiele lassen sich fortsetzen, etwa die moderne Fernwärme, die fantastischen Freizeitmöglichkeiten auf der in den 1970er-Jahren zum Hochwasserschutz errichteten Donauinsel – deren Funktionsfähigkeit erst kürzlich durch das zweite „Jahrhunderthochwasser“ in elf Jahren unter Beweis gestellt wurde –, die funktionierenden Märkte, das 2001 eröffnete MuseumsQuartier als „Wohnzimmer Wiens“, das Mediaquartier Marx als Zentrum für Kreativ- und Medienschaffende, Forschungseinrichtungen in der Doktor-Bohr-Gasse und der Muthgasse und zuletzt der neue Hauptbahnhof und aspern Die Seestadt Wiens wo Wohnungen für 20.000 Menschen und Platz für 20.000 Arbeitsplätze entstehen.

Weitsicht und Mut sind gefragt

Diese Beispiele und zahllose andere Vorhaben haben eines gemeinsam: Es bedarf politischer Weitsicht und politischen Mutes, sie auch gegen Widerstände durchzusetzen. Große Investitionen rechnen sich oft erst auf lange Sicht. Kritik an Kosten und Planungsdimensionen findet sich bei jedem größeren Infrastrukturprojekt. Deshalb ist es enorm wichtig, klare Leitplanken bei der Entscheidungsfindung zu haben: Oberste Priorität der Stadt Wien muss die stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger und die gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen sein – bei Infrastruktur, bei Sozial- und Bildungsleistungen, bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes. Dabei muss es um die Lebensqualität aller Wienerinnen und Wiener gehen – ganz besonders derer, die ökonomisch schlechter gestellt sind. Das ist der Maßstab der Politik, das ist der Maßstab von Reformen und Investitionen. Deshalb werden wir auch weiter in sinnvolle Projekte für die Zukunft investieren: in Infrastruktur, Kultur, Soziales und Bildung. Ziel einer sinnvollen Finanzpolitik ist das Ermöglichen solcher Investitionen – und dafür steht der „Wiener Weg“.

Wien ist der Beweis: Antizyklische Fiskalpolitikfunktioniert

Klar ist aber auch: Eine sinnvolle Investitionspolitik setzt eine solide Haushaltsführung voraus. Um die Lebensqualität aufrechterhalten zu können, bedarf es ausreichender Einnahmen des Staates. Bereits in den Zeiten des „Roten Wien“ entschied man sich für die Einhebung von Wohnbausteuern und einer Luxussteuer (etwa auf Reitpferde), um so – gemeinsam mit Bundesmitteln – den Gemeindebau finanzieren zu können. Heute gibt es zur Finanzierung des öffentlichen Wohnungsbaus den Wohnbauförderungsbeitrag und zudem beispielsweise eine U-Bahn-Steuer, die durch die Dienstgeberinnen und Dienstgeber zu bezahlen ist und dem Ausbau der U-Bahn zugutekommt. Denn gerade auch die Wiener Wirtschaft profitiert von einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrssystem.

Eine funktionierende Stadt braucht funktionierende Einnahmen, und die Belastungen müssen gerecht verteilt sein. Deshalb akzeptieren wir nicht, wenn sich Einzelne aus ihrer Verantwortung stehlen wollen. Partikularinteressen können nicht über den Allgemeininteressen stehen. Wer die Senkung oder Abschaffung von Steuern oder Gebühren fordert, muss wissen, dass dies auch eine Einschränkung bei den öffentlichen Leistungen nach sich zieht. Soll hingegen die Infrastruktur weiter ausgebaut werden, muss die Finanzierung gesichert werden. Deshalb setzt Wien auf ein ausgewogenes System aus Steuern, Gebühren und Abgaben, die dazu beitragen, die Lebensqualität für alle zu erhalten. Dort, wo es zu Erreichung politischer Ziele sinnvoll ist, werden wir Entgelte auch steuernd einsetzen. Deshalb wurde der Preis der Jahreskarte bei den Wiener Linien auf 365 Euro gesenkt – wir wollen, dass die Menschen vom Auto auf die „Öffis“ umsteigen, um die Verkehrssituation zu entspannen und die Umwelt zu schonen.

Zur Finanzierung von Investitionen können auch Fremdmittel aufgenommen werden. Entgegen mancher Äußerungen ist das nicht verwerflich, sondern im Gegenteil ökonomisch sinnvoll, stehen den Ausgaben für Sachinvestitionen doch Werte (in Form von Straßen, Krankenhäusern, Kindergärten, ...) entgegen. Den öffentlichen Schulden stehen demnach öffentliche Vermögen gegenüber – und beides wird an die nächste Generation vererbt. Und: Eine intelligente Wirtschaftspolitik muss Investitionen und Arbeitsplätze zusammendenken. Sie wird sich daher bei der Frage, wann investiert wird, am ökonomischen Umfeld orientieren.

Investitionen bedürfen einer sicheren Finanzierung

Die Aufnahme von Fremdmittel zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben ist weder per se gut noch per se schlecht, genausowenig wie es weder per se gut oder per se schlecht ist, wenn ein Unternehmen Fremdkapital aufnimmt, um zu investieren. In einer Situation, in der der erwartete Nutzen aus den getätigten Investitionen – etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Ausbauen des Bildungssystems, der Ausbau der Infrastruktur – die Kosten der Schuldenaufnahme – die Zinszahlungen also – übersteigt, kann der Staat Fremdmittel aufnehmen und die nutzenstiftenden Projekte finanzieren. Umgekehrt gilt: Wenn die Kosten höher sind als der Nutzen, dann sollten Fremdmittel nicht aufgenommen und – je nach wirtschaftlicher Situation – zurückbezahlt werden. Staatsverschuldung ist demnach kein Dogma – sondern eine Frage, die rational zu beantworten ist. Daher sind dogmatische Äußerungen und ökonomisch nicht haltbare Vergleiche mit Privathaushalten nicht zielführend.

Bei einem privaten Haushalt sind die Einnahmen klar vorgegeben: Es ist bekannt, was die erwerbstätigen Personen im Haushalt an Einkünften erzielen. Wenn demnach ein Haushalt dauerhaft Schulden hat und es keine Möglichkeit der Einkommenserhöhung gibt, dann kann der Haushalt seine Schulden nur durch Sparanstrengungen ausgleichen. Dieses Sparen hat – solange nur wenige Haushalte diesen Weg einschlagen – keine Auswirkungen auf die Einnahmen des Haushaltes, da die gesamtwirtschaftlichen Effekte zu vernachlässigen sind. Das Sparen führt demnach unmittelbar zur Rückführung der Schulden. Da diese Situation leicht verständlich ist, wird sie in zahlreichen Debatten auf den Staat übertragen: Dieser müsse lediglich sparen – dann wäre das Problem mit den Darlehen auch zu lösen. Der Analogieschluss von einem privaten Haushalt auf den Staat ist jedoch falsch. Die Ausgaben des Staates sind von enormer Bedeutung für die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger und damit für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und für die Steuereinnahmen des Staates selbst. Spart der Staat am falschen Fleck, zur falschen Zeit bzw. zu viel, dann reduzieren sich über die Schrumpfungprozesse der Wirtschaft auch seine Einnahmen und die Schulden wachsen im schlimmsten Fall trotz der Sparanstrengungen. Ein Sparen im falschen Moment führt also zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, nicht aber zu einem Abbau der Darlehen. Verbunden ist dieser Rückgang mit erheblichen Ungerechtigkeiten in Form von Arbeitslosigkeit und Armut, die gesellschaftlichen Schäden können erheblich höher sein als die Kosten der Fremdmittelfinanzierung. Hätte Wien in den Jahren seit 2008 auf diejenigen gehört, die ein sofortiges Nulldefizit wollten – wir wären heute nicht die Stadt mit einer geringen Jugendarbeitslosigkeit, einer stabilen Wirtschaft und einer guten Perspektive. Die Fiskalpolitik muss sich an den ökonomischen Gegebenheiten orientieren, genau das haben wir getan.

Wien zahlte in den Jahren vor der Krise Schulden zurück

Betrag die Verschuldung im Jahr 2000 noch 3,7 Prozent des Bruttoregionalprodukts, so lag sie 2007 – also vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise – bei gerade noch 2,0 Prozent des BRP. Wien baute in dieser Zeit etwa 650 Millionen Euro Defizit ab. Diese Finanzpolitik war die Grundlage dafür, dass Wien mit Ausbruch der – durch Spekulanten verschuldeten – Wirtschaftskrise entschlossen handeln konnte. Trotz eines massiven Rückgangs der Einnahmen (insbesondere der Bundeszuweisungen) investierte Wien aktiv und kämpfte so gegen die Krise an. Die Folge davon war, dass der Schuldenstand

anstieg – im Jahr 2012 betrug er 5,6 Prozent des BRP. Aber diese neuen Fremdmittel waren und sind gut investiert, weil Wien es nicht akzeptierte, dass die Chancen der Menschen in der Wirtschaftskrise aufgrund von steigender Arbeitslosigkeit und Armut massiv beschnitten werden. Wien trug mit diesen Investitionen dazu bei, dass die Wirtschaft nicht völlig den Boden unter den Füßen verlor. Und wir halfen, Arbeitsplätze für die Menschen zu sichern. Diese Politik ist also eine Politik des Herzens, weil sie den Menschen hilft und gerecht ist – und eine Politik des Verstandes, weil sie ökonomisch stabilisierend und sinnvoll ist. Im Jahr 2009 schrumpfte die Wiener Wirtschaft im Zuge der Wirtschaftskrise um 2,3 Prozent – ein einmaliger Einbruch, der auch erhebliche Einnahmerückgänge für die Kommunen bedeutete. Wien reagierte darauf nicht mit Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, weil dies die Krise verschärft hätte. Im Gegenteil: Wien stemmte sich aktiv gegen die Krise, „um Aufträge für die Wirtschaft zu erhalten, um Arbeitsplätze zu sichern und um mit zusätzlichen Investitionen die Basis für künftiges Wachstum zu schaffen“, wie es im Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2009 heißt. Dabei wurden starke Impulse im Bereich Bildung und Kinderbetreuung gesetzt. Zudem wurden erhebliche Beträge in die Wohnbauförderung und in andere Bauprojekte investiert und so Arbeitsplätze gesichert. Die Investitionen in das Bau- und Baunebengewerbe stiegen 2010 noch an. Die Summe der nachfragewirksamen Ausgaben der Stadt belief sich von 2009 bis 2012 auf über 18 Milliarden Euro, die Investitionen auf mehr als sieben Milliarden Euro. Die in dieser Zeit getätigten Investitionen werden noch viele Jahre einen guten Nutzen für die Wienerinnen und Wiener haben. Dies muss betont werden, da es heftigen Widerstand gegen eine antizyklische Fiskalpolitik gibt. Die Angst vor Fremdmittelaufnahmen wurde so stark geschürt, dass oft nicht mehr rationale Argumente, sondern Vorurteile die Entscheidungen beeinflussen.

Wien ist Premium-Klasse

Wien ist lebenswert, prosperierend und innovativ. Genau das gilt es in Zukunft auszubauen, denn das sind die ökonomischen Grundlagen unserer Stadt. Wien kann nur als Qualitätsanbieter funktionieren – und Qualität hat ihren Preis. Das heißt aber, dass wir uns ständig weiterentwickeln müssen. Deshalb investieren wir in Bildung und Forschung: Im Bereich Bildung beginnen wir bei den Kleinsten mit dem beitragsfreien Kindergarten für alle Kinder von 0 bis 6 Jahre. Später geben wir mit der Wiener Ausbildungsgarantie allen Jugendlichen nach Abschluss der Pflichtschule eine Chance. Wien fördert aber auch die Spitzenwissenschaften ebenso wie die Fachhochschulen und setzt Maßnahmen für die Qualifizierung von Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss. Wir investieren in eine ausgezeichnete Infrastruktur auch für Betriebe. Und wir fördern Innovation über die Wirtschaftsagentur. Wien wird in diesen Bereich immer wieder neue Wege ausprobieren und Bewährtes beibehalten. Die zentrale Herausforderung ist dabei die stetig wachsende Stadt so zu organisieren, dass der hohe Lebensstandard für alle erhalten bleibt, dass alle mitgenommen werden und alle daran teilhaben können. Wien will die Chancen des Wachstums nutzen, indem wir auf „smarte“ Technologien setzen. Und Wien wird immer weltoffener werden: Spannende Menschen aus allen Kulturen und Nationen finden den Weg zu uns – mit ihren Fähigkeiten, ihren Ideen, ihren Lebensweisen, ihren Träumen, Wünschen und Sorgen. Sie werden dazu beitragen, das kreative und innovative Potenzial zu stärken. Wien ist gut vorbereitet auf diese Herausforderungen. Eine stark wachsende Stadt und die Funktion als „Melting Pot“ zahlreicher Nationen bewältigte Wien schon einmal – am Beginn des 20. Jahrhunderts. Seinerzeit gelang es, das Wachsen mit qualitativen Verbesserungen zu verbinden. Auch damals waren diese Politiken nicht widerspruchs- und friktionsfrei. Sie sollten uns aber lehren: Wien kann von der Situation in erheblichem Maße profitieren – wenn eine zukunftsweisen Politik gemacht wird, die sich an den Leitplanken der Gerechtigkeit, der Lebensqualität und der Innovation orientiert. Die Aufgabe der Finanzpolitik ist es, genau diesen Weg zu unterstützen – mit Seriosität, Weitblick und Mut.

Mag.^a Renate Brauner, Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Finanzen,
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien.